

# Hintergrund

## Meinungen

### Aufmüpfige Kommunen

Wie die linken Städte per Abstimmung nationales Recht umgehen **18**

### Traumatisierte Stadt

Zuerst die Russen, dann die Folterknechte, dann die Flut: Besuch in Cherson **20**

## Nun müssen die Bürgerlichen Verantwortung übernehmen



Zwölf Jahre lang war das Innendepartement in SP-Hand. Jetzt soll sich die politische Konkurrenz dieser Aufgabe stellen – und die nötigen Reformen in der Rentenpolitik vorantreiben, schreibt Daniel Foppa

Da tritt einer von der Kommandobrücke eines veritablen Tankers ab: Innenminister Alain Berset hört Ende Jahr auf und verlässt ein Departement, dessen unspektakulärer Hauptsitz an der Berner Inselgasse in Kontrast steht zum Jahresbudget von 20 Milliarden Franken. Kein anderes Departement verfügt über so viel Mittel. Und kein anderes Departement greift derart direkt in unseren Alltag ein. Das zeigte sich eindrücklich während der Pandemie, es zeigt sich aber auch bei einem Blick auf die Krankenkassenprämien oder unseren Vorsorgeplan.

Nun ist unser politisches System darauf ausgelegt, die Machtfülle eines Bundesrats zu beschränken. Es spielt keine grosse Rolle, wer Wirtschaftsminister ist, denn dieser regiert in der Regel umso besser, je weniger man ihn wahrnimmt. Und auch die Entscheidung der Justizministerin sind für die wenigsten von uns direkt spürbar.

Anders ist es im Innendepartement: Ohne Gegensteuer werden die Krankenkassenprämien zu einer immer unzumutbareren Belastung für viele Menschen. Der Altersvorsorge droht noch Schlimmeres bis hin zum Kollaps, wenn jetzt nicht gehandelt wird. Trotz der im Herbst beschlossenen Erhöhung des Frauenrentenalters wird die AHV bereits 2029 wieder Defizite schreiben. Und ohne Gegenmassnahmen ist der AHV-Fonds zwischen 2040 und 2050 leer.

Wenn Politik also das langsame Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass ist, so gilt das ganz besonders für das Schweizer Innendepartement. Gesundheits- und Rentenreformen gehören in einem Land mit direkter Demokratie und föderalen Eigenheiten zur politischen Königsdisziplin.

Umso bemerkenswerter ist, dass dem Innendepartement in den letzten 30 Jahren

Bundesratsmitglieder vorstanden, deren Lust auf beherrliche Dossierarbeit zumeist überschaubar war: Ruth Dreifuss, Pascal Couchepin, Didier Burkhalter und Alain Berset – sie strebten als weltoffene und teils weltverbessernde Romands nach mehr als nach dem Klein-Klein eidgenössischer Realpolitik.

Insbesondere bei Pascal Couchepin war die Lust an der grossen Geste spürbar. Nach dem Wechsel ins Innendepartement schlug er 2003 mit einer gezielten Provokation Rentenalter 67 vor – und scheiterte in der Folge mit allen Reformplänen krachend. Couchepin ebenfalls glückloser Nachfolger Didier Burkhalter floh bereits nach zwei Jahren ins Aussendepartement und beendete damit die bürgerliche Phase im Innendepartement.

Die SP-Mitglieder Dreifuss und Berset können immerhin für sich verbuchen, die zwei einzigen erfolgreichen AHV-Reformen der letzten 30 Jahre verantwortet zu haben. Allerdings sollte sich die Sozialdemokratie nicht zu viel darauf einbilden: Dreifuss musste den Abstimmungskampf gegen grosse Teile der SP-Basis und den eigenen Parteipräsidenten führen, bei Berset sagte die SP geschlossen Nein. Zudem haben Dreifuss wie Berset mit beschönigenden Aussagen zum Zustand der AHV dazu beigetragen, dass zu viele Menschen die Augen verschliessen vor den alarmierenden Finanzperspektiven des Vorsorgewerks.

Deshalb sollten jetzt die Bürgerlichen übernehmen. Es braucht an der Spitze des Innendepartements jemanden, der schonungslos die prekären Zukunftsperspektiven der AHV aufzeigt. Sozusagen das Gegenteil des früheren deutschen CDU-Arbeitsministers Norbert Blüm. In den 1980er Jahren wurde dieser mit dem verharmlosenden Slogan «Die Rente ist sicher» berühmt. Worauf ihm ein Versicherungsmathematiker geantwortet haben soll: «Und die Erde ist eine Scheibe.»



Uns stehen Schicksalsjahre der Rentenpolitik bevor. Entsprechend wichtig ist, wer das Schlüsseldepartement übernimmt.

Wie sehr die Rentenpolitik von Realitätsverweigerung geprägt ist, zeigte sich unlängst in der Sommersession: Die Räte verwarfen ohne Gegenvorschlag die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die eine – längerfristig unumgängliche – Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung vorsieht. Das Anliegen dürfte damit an der Urne scheitern.

Abgestimmt wird nächstes Jahr, wie auch über die Gewerkschafts-Initiative für eine 13. AHV-Rente und die Reform der beruflichen Vorsorge. Gleichzeitig arbeitet das Innendepartement im Auftrag des Parlaments an einer neuen AHV-Reform. Uns stehen also Schicksalsjahre der Rentenpolitik bevor. Entsprechend wichtig ist, wer das Schlüsseldepartement übernimmt.

Aus bürgerlicher Sicht kämen Ignazio Cassis und Viola Amherd infrage. Cassis war früher Sozial- und Gesundheitspolitiker, Amherd hat sich zuletzt als kluge Taktiererin erwiesen und kommt in der Bevölkerung gut an. Von beiden ist zu erwarten, dass sie die Zukunftsperspektiven der AHV schonungslos aufzeigen würden, ohne den Sinn für machbare Reformen zu verlieren.

Jedenfalls sollte die Behauptung, nur einem sozialdemokratischen Bundesrat könne eine Rentenreform gelingen, nicht zum Dogma werden. Denn bleibt das Innendepartement in SP-Hand, ist die Gefahr real, dass die nächste Reform nicht mit der nötigen Dringlichkeit angegangen wird – man hat ja eben erst das Frauenrentenalter erhöht. Exponenten der Partei haben sich bereits so geäussert und werden diese Haltung auch von ihrem neuen Bundesrat erwarten.

Das Nachsehen hätte die junge Generation, die für immer mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen muss. Und den Preis dafür bezahlt, dass unser Politsystem Probleme oft erst dann löst, wenn das Wasser bis zum Hals steht.

## Verlorene Lichtgestalt

Zuzana Caputova, slowakische Staatspräsidentin, will im Frühling nicht erneut zu den Wahlen antreten. Warum das Land seine beliebteste Politikerin verliert.

Von Paul Flückiger

Das kleine Flämmchen Hoffnung in Osteuropa erstickte ganz schnell. Zur Bestürzung ihrer Anhänger erklärte Zuzana Caputova diese Woche, bei den Präsidentenwahlen im Frühling nicht mehr antreten zu wollen. «Nach ehrlicher Abwägung weiss ich heute, dass meine Kraft für ein weiteres Mandat nicht mehr ausreicht», sagte sie an einer Pressekonferenz im Palast in Bratislava. Bis zum Ende ihres fünften und letzten Amtsjahres werde sie noch bleiben. Immerhin sorgte dies für ein wenig Erleichterung. Die Gerüchteküche hatte noch Schlimmeres erwarten lassen.

Die slowakische Staatspräsidentin gilt weit über ihr Land hinaus als Lichtgestalt. Sie ist die erste weibliche Präsidentin des kleinen Landes zwischen Österreich und der Ukraine, erst 50 Jahre alt. Seit Monaten führt sie alle Vertrauensumfragen an. Ihr wird die Versöhnung des politisch tief gespaltenen Landes zugetraut. Jetzt will sie nach nur einer Amtszeit nicht wieder antreten. Was ist passiert?

Spätestens seit dem Machtwechsel im Parlament von 2020 wird die liberale Juristin und Ex-Menschenrechtsaktivistin von der prorussischen Opposition angefeindet und aufs Übelste verleumdet. Als «Soros-Sklavin» und «amerikanische Agentin» beschimpfte sie Oppositionsführer Robert Fico, der postkommunistische dreifache Premier der Slowakei. Caputova jedoch führte persönliche Gründe für ihren Entscheid an, sich vorzeitig aus dem Rennen zu ziehen. Die 50-Jährige verwies dabei auf ihre Familie. Ficos Verbalattacken seien nicht der Hauptgrund für ihren Rückzug, sagte Caputova.

Erst im Mai hatte sich öffentlich gemacht, dass sie und ihre beiden Töchter Lea, 22, und Emma, 20, Morddrohungen erhalten hätten. Der neue Partner der Geschiedenen, Jura Rizman, berichtete kürzlich in einem Interview mit der slowakischen Tageszeitung



Seit dem Machtwechsel wird die liberale Juristin von der prorussischen Opposition angefeindet.

SME über ein verstärktes Sicherheitsdispositiv für die Präsidentenfamilie. Auch klagte er darüber, jemand habe ein Loch in sein Autodach gebohrt. «Ich habe keinen Zweifel, dass es etwas damit zu tun hat, mit wem ich zusammenlebe», sagte Rizman. Er lasse sich jedoch nicht einschüchtern, versicherte Caputovas neuer Lebenspartner.

Die politische Landschaft der Slowakei mit ihren 5,5 Mio. Einwohnern ist seit Jahren vergiftet. Für internationale Schlagzeilen hatte ein Auftragsmord an dem Investigativ-Journalisten Jan Kuciak im Februar 2018 gesorgt. Kuciak hatte Verbindungen zwischen Fico und der Mafia recherchiert und immer wieder über Korruption berichtet. Nach wochen-

langen Protesten im ganzen Land musste Regierungschef Fico zurücktreten.

Erst der Mord an Kuciak und seiner Verlobten brachte Zuzana Caputova in die Politik. Die frühere Umweltaktivistin aus der Kleinstadt Pezinok gründete mit weiteren Aktivisten die Partei «Progressive Slowakei», trat indes bei den Präsidentenwahlen von 2019 als Unabhängige an.

Mit einer fortschrittlichen, liberalen und proeuropäischen Botschaft der Erneuerung eroberte sie mit dem Slogan «Lasst uns dem Bösen entgegentreten, gemeinsam schaffen wir das» 58 Prozent der Stimmen. Vier Jahre später ist Caputova immer noch die bei weitem beliebteste Politikerin der Slowakei. Bei den Präsidentenwahlen wäre sie die klare Favoritin.

Und dies, obwohl ihre klar proukrainische Haltung in der Slowakei lange nicht bei allen ankommt. Bis zu den Parlamentswahlen von Ende September hat sie eine Technokratenregierung ohne parlamentarische Mehrheit einberufen, die slowakische Waffenlieferungen an die Ukraine garantiert. Doch bei den Wahlen droht der prorussische Fico mit seiner «Smer»-Partei zu gewinnen. Dies macht ihr Amt noch schwieriger.

«Mit meiner Entscheidung, nicht mehr anzutreten, gebe ich meine Ideale und Werte, die mein berufliches und persönliches Leben bestimmen, nicht auf», versicherte Caputova. «Ich wollte vor und während meiner Präsidentschaft der Demokratie und Gerechtigkeit dienen und werde es auch danach tun», versicherte sie. Im Mai hatte Caputova angekündigt, Fico gerichtlich für seine Lügen belangen zu wollen.

In Brüssel wird darüber spekuliert, dass Caputova im Februar 2024 Jens Stoltenberg als Nato-Generalsekretärin ablösen könnte. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass Stoltenberg mitten im Ukraine-Krieg um ein weiteres Jahr verlängert. Caputovas Zukunft ist also offen. Osteuropas auch.

